

Ginge es auch anders?

Weihnachtsgeschenke: „Was ist denn vorrätig?“, FR-Wirtschaft vom 1.12.

Die Auswahl an Spielwaren ist dieses Jahr eingeschränkt. Ein, wie ich finde, sehr luxuriöses Problem. Viele werden in diesem Jahr nicht das gewünschte Geschenk erhalten – und jetzt?

Bei allem Respekt: Der Begriff „Verzweigungskäufer“ verursacht mir Übelkeit. Verzweiflung ist ein Zustand völliger Hoffnungslosigkeit. Wollen wir diesen Gemütszustand allen Ernstes mit unserem Konsumverhalten verknüpfen? Besinnen wir uns und nutzen unser Hirn für mögliche Alternativen bei der Gestaltung des Weihnachtsfestes! Muss der Fokus wirklich auf den Geschenken liegen? Was können wir in diesem Jahr anders/neu machen? Welche Riten möchten wir beibehalten, welche loslassen? Wie wäre es, wenn sich jede/r für das gemeinsame Fest ein nichtmaterielles Geschenk überlegt? Lasst Euch vom Ideenreichtum überraschen ... Wir haben es in der Hand, schöne Erinnerungen an ein weiteres Weihnachtsfest zu schaffen. Diese Erinnerungen dürften länger vorhalten als gekaufte Spielwaren.

Charlotte Günther, Freigericht



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211129

Einer der ganz Großen

Zu: „Keine Note, kein Wort ohne Bedeutung“, FR-Feuilleton vom 29.11.

Er war ein Künstler durch und durch, der Musik mit jeder Faser atmete, keiner, den jeder kannte, und der doch ein Jahrhundertwerk hinterlassen hat. Sondheim war einer der leisen, aber sein Erbe ist gewaltig, groß und unvergesslich, er schaffte es sogar bis in den Pop: „Losing my mind“, man könnte meinen, heute fast so was wie eine Hymne der Generation Corona, wurde gesungen von Liza Minelli bis zu den Pet Shop Boys, also allergrößten Interpreten. Die Leiden, die er wohl als Homosexueller und Jude durchmachte, spiegeln sich in manchem Song; der Außenseiter, der sich die feindliche Welt einfach schön macht. In diesem Jahr sind schon einige bedeutende Prominente verstorben, Sondheim ist sicher einer der größten. Thomas Fix, Frankfurt

SORRY

In unserer Kolumne „Leben schützen“ (29.11. S.10) war von kulturellen Traditionen wie denen der Anthropolog:innen die Rede. Gemeint waren Antroposoph:innen.

„Hausarbeit hält fit“, meldete die FR (29.11, S.12) und bezog sich dabei auf eine Studie aus Singapur. In der Unterzeile schrieben wir leider fälschlicherweise, die Studie stamme aus China. Singapur ist ein unabhängiger Stadtstaat.

Eine Klatsche aus Karlsruhe für die FDP

Die „Bundesnotbremse“ war verfassungsgemäß: „Die verzweifelte Suche nach dem Ausweg“, FR-Politik vom 1. Dezember

Die FDP ist immer noch im Oppositionsmodus

Die FDP mit ihrem gockelhaften Bundesvorsitzenden Lindner meint, sie wäre die wichtigste politische Kraft im Land und könne allen die Richtung vorgeben. Dagegen repräsentiert sie nur 11,5 Prozent der Wählerstimmen. Sie ist immer noch im Wahlkampf- und Oppositionsmodus und nicht in der Regierungsverantwortung angelangt.

Mit ihrem den Coronaleugnern und der AfD geschuldeten „Freiheitskampf“ gegen wirksame Coronamaßnahmen schadet sie unserem Land und seinen Bürger*innen. Dies hat die FDP jetzt schmerzhaft durch den Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts erfahren müssen. Danach war die Corona-„Notbremse“ rechtmäßig. Die Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen vom Frühjahr waren verfassungsgemäß – die Klagen unter anderem der FDP wurden zurückgewiesen.

Für die FDP und Herrn Lindner ein deutlicher Hinweis, mit dem parteipolitischen Geplänkel aufzuhören und sich der Realpolitik zu widmen.

Conrad Fink, Freiberg a. N.

Es wird wohl doch eine Impfpflicht geben

Die Freiheitspartei FDP, die das Grundgesetz immer in die Höhe hielt und schrie: „Wir sind die Freiheitspartei“, erhielt jetzt vom Bundesverfassungsgericht einen Dämpfer. Alles, wogegen die FDP schritt, ist doch konform zum Grundgesetz gewesen? Keine Ausgangssperre wurde durch das Gericht gekippt, ein beehrtes Anliegen der FDP. Ich sage es ja: Diese Koalition wird an der FDP scheitern, denn die vielen klugen Leute wie Volker Wissing sind eben doch nur normale Menschen und keineswegs in der Rechtsprechung so bewandert wie behauptet.

Es wird wohl doch eine Impfpflicht geben, wie in Österreich

und anderenorts. Sonst schwänzen wir noch in drei, vier Jahren so herum wie in den zwei Jahren CDU-Herrschaft. Hochbezahlte Abgeordnete und doch so unbedarft wie die Hinterbänkler.

Nicht vergessen: Marco Buschmann hat es voraus gesagt: Pandemieende am 20.3.2022. Mal sehen, ob wenigstens dieser Termin sich an das Grundgesetz hält.

Uwe Neumann, Rodgau

Politik sollte nie aus Panik heraus handeln

Es waren insbesondere Unionspolitiker, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die „Bundesnotbremse“ reflexartig forderten, diese auch jetzt wieder zu bemühen, um die vierte Welle der Pandemie zu brechen. Manchmal wäre es aber hilfreich, sich ein Urteil genauer anzusehen, statt unüberlegt zu poltern und nach Söder'scher Manier medial Aktionismus zu verbreiten. Denn die Karlsruher Richter haben sehr deutlich gemacht, dass es für die Verhängung von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktreduzierungen guter Gründe bedarf, die der jeweils aktuellen Lage angepasst sein müssen. Das bedeutet insbesondere, dass das Grundgesetz gerade keine pauschalen Maßnahmen rechtfertigt. Stattdessen dürfen sie nur in einer äußersten Gefahrenlage ergriffen werden, deren Definition sich an der Situation aus dem Frühjahr messen lassen muss.

Die Verfassung erlaubt der Politik nicht, zu jeder Zeit auf einen vollen Instrumentenkasten zurückzugreifen, sondern fordert von ihr eine Abwägung über die Verhältnismäßigkeit angesichts der zum jeweiligen Augenblick vorherrschenden Gegebenheiten. Dies bedeutet vor allem, dass im Dezember 2021 eben nicht zwingend davon ausgegangen werden kann, wonach auch heute wieder eine solch bundesweite Not herrscht, wie sie noch vor einem Dreivierteljahr galt, als kaum jemand

geimpft war und sich die Inzidenzen über die Republik nahezu ähnelten.

Vor allem die Freien Demokraten mit dem designierten Justizminister Marco Buschmann haben nach dem Beschluss des Gerichts mit einer sehr differenzierten Bewertung reagiert: Anstelle von unüberlegten Forderungen nach einem generalisierten Lockdown hat man bei den Liberalen verstanden, dass es auch bei explodierenden Zahlen in einigen Bundesländern ein stetiges Gegenüberstellen von Grundrechtseingriffen und Freiheitsrechten braucht, um zu einer ausgewogenen, rechtssicheren Ausgestaltung von bundesgesetzlichen Regelungen zu kommen.

Zweifelsohne: Die Lage auf vielen Intensivstationen ist dramatisch, die wachsende Zahl an Infizierten muss uns ernsthafte Sorgen bereiten. Doch Politik war noch nie gut damit beraten, aus Panik heraus zu handeln. So besonnen, wie Karlsruhe für seine abgestuften Einordnung gelangt ist, sollte auch die künftige Koalition agieren: Der Notschalter mag verlockend sein, Versuchen muss man aber widerstehen. Dennis Riehle, Konstanz

Leben schützen ist ein ethisch-moralisches Gebot

Freiheit oder Impfpflicht, das ist nicht alles. Auch ohne das Bundesverfassungsgericht gilt die Übernahme von Verantwortung für über 70 Millionen Menschen. Leben schützen vor dem Coronatod, das ist ein ethisches und moralisches Gebot. Ausdruck von Würde des Menschenleben und nicht sein Ende durch Corona.

Doch die neue Bundesregierung wartet lieber ab, bis andere die Verantwortung übernehmen. Der Wahlkampf ist längst vorbei – die FDP regiert jetzt mit und trägt Verantwortung für 70 Millionen Bürger, das sind mehr als die elf Prozent FDP-Wähler.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/freiheit

Warum Deutschland in der Pandemie versagt

Pandemie: „Ampel-Parteien wollen Krisenstab und Bonus“ und „Reicht das?“ FR-Politik vom 25. November und FR-Titel vom 30. November

100 000 Tote mit Corona passen nicht ganz in unser eigenes Weltbild als führendes Industrieland und Volk der Dichter und Denker. Wir sind sicherlich nicht das Volk der Projektmanager für Großprojekte wie Flughäfen, Bahnhöfe oder Philharmonien, aber im Gesundheitswesen hätte man sich etwas anderes vorgestellt.

Nach einem glücklichen Frühjahr 2020 sah man bereits im Winter 2020/2021, dass die Realität uns eines Besseren belehrt. Zwischen Dezember 2020 und Januar 2021 haben wir 70 000 Menschen mit Corona verloren. Eine fatale Mischung aus Führungslosigkeit, Mutlosigkeit und Wirtschaftsfreundlichkeit hat uns tausende von Menschenleben gekostet. Und welches Gut ist größer als das Recht zu leben?

Unsere Kanzlerin konnte sich, als die Katastrophe schon am Rollen war, gegenüber den „Landesfürsten“ nicht durchsetzen. Schützende Maßnahmen konnten im Dezember 2020 nur halbherzig als „Pseudolockdown“ umgesetzt werden. Im letzten Winter haben wir in Frankfurt größtenteils weiter gearbeitet. Verletzte Menschen, auch Verwandte, konnten wir nicht gegen die Pandemieflut schützen.

In andern Ländern wurden in diesem Ausnahmezustand häufig Pandemiekriseinstäbe gegründet, die wissenschaftlich basiert mit vielen Befugnissen Maßnahmen beschlossen und schnell und effizient die Umsetzung organisierten. Wir in Deutschland mussten mit RKI, Gesundheitsministerium, Bundesregierung und Landesre-

gierungen vorliebnehmen, die in Kompetenzstreitigkeiten sehr langsam und kaum handlungsfähig waren. Widersprüchliche Maßnahmen und Signale waren an der Tagesordnung. Eine Kette von Versagen und individuellen Fehlern in der Pandemiebekämpfung erlebten wir zusätzlich.

Aktuell rollt eine Tsunamiwelle von Infektionen über Deutschland, und die Mutation Omikron aus Südafrika bedroht uns. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass endlich Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden und sehr schnell in den nächsten Tagen durch die neue Ampelkoalition klare verbindliche Maßnahmen bundesweit eingeführt werden.

Das Boostern und Impfen schützt uns vor einer fünften Welle, die genauso vorhersehbar

ist wie die aktuelle vierte Welle. In diesem Winter kann uns aber ein wirklicher Lockdown davor bewahren, zusätzlich 100 000 Menschenleben zu verlieren. Aber auch jeder einzelne von uns kann in diesem Winter Leben retten.

In unserer hausärztlichen Praxis verbringen wir Stunden damit, die Impfung ängstlichen Mitmenschen verständlich zu machen. Ich kann Ihnen nur sagen, wieso ich mich bisher dreimal geimpft habe, auch wenn ich Impfungen nicht gerade gut vertragen: Ich schütze damit die Menschen in meiner Umgebung, die ich liebe. Bitte lassen Sie sich impfen und reduzieren Sie Ihre Kontakte.

Dr. med. Norbert Szép, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst-2